

Frankfurter Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Angeligen

werde 10. 8. 1911, 34 mm br. Millimeterpreis oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in anderen Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Restanten bis 92 mm br. Millimeterpreis 60 Pf. Anzeigenannahmestellen vom 11 Uhr, für die Sonntagblätter, abds. 6 Uhr. Adressierungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Preiszeitung 1 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl. u. Haupt-Bezugsstellen: Halle, Neuz Promenade 1a, Dr. Braunsbaur. 17. Neben-Bezugsstellen: 2. Markt 24 und Große Wilschtr. 32.

Bezugspreis

je Halbe monatlich bei zweimonatlicher Bestellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausl. Zustellungsgebühr. Einzelnummern 15 Pf. Belegungen werden von allen Rückschneidern angenommen. Im amtl. Zeitungsgewerbe ist unter Einwirkung eingetragener Hausnummern und keine anderen übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Color-Zeitung gestattet. Fernr. der Expedition Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133 Postfach-Konto Leipzig Nr. 6009.

Nr. 549.

Halle, Sonntag, den 23. November.

1911.

Vom Untersuchungsausschuss.

Einstellung der mündlichen Verhandlungen?

22. B. Berlin, 22. November. Angesichts der im deutschen Volk herrschenden Stimmung darüber, daß die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht mehr eine regelmäßige Form annehmen können, gilt, so lautet der Vorschlag des gesamten Untersuchungsausschusses, Senator Petersen, M. d. N., in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Bestimmungen zu treffen, die ein würdiges und sachliches Verfahren für die Zukunft gewährleisten. Die Verhandlungen der bisher vorgenommenen Personen, auch die Art, wie sie sich mit dem Ausschuss gebärden, haben heute eine wesentliche Klärung zuzunehmen, umhüllendes Attribut zu erlangen lassen. Die langwierigen mündlichen Verhandlungen werden durch den Ausschuss, die, wie die Dinge heute liegen, in eine schriftliche, sich nicht von der leidenschaftlichen Stimmung freihaltende Diskussion ausarten müssen, ein Bildnis in die Denksart und Wissenssicherung der entscheidenden Persönlichkeiten erreicht. Dafür hat das Volk, das als Zeugen benannten Leiter unserer Geschichte schon heute so wesentliche Klarheit gebracht, daß deshalb eine Fortsetzung der bisherigen Verhandlungen nicht erforderlich ist.

Zu den Viehlieferungen an die Entente

Berlin, 22. November. (Eig. Drahtnachricht.) Der 18. Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung über die Ausführungsbestimmungen des Friedensvertrages beschäftigt sich heute mit dem Entwurf einer Bekanntmachung über die Auslieferung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages. Nach allgemeinen erläuternden Worten der Regierungsdirektor, welche in einer kurzen Debatte von Abg. Rosche auf die gewaltige Aufgabe hingewiesen, die die Abfertigung sowohl der Viehe als des Viehwiesens insbesondere der Wildschweine für die Bevölkerung mit sich bringe. Von dem Regierungsdirektor wurde hervorgehoben, dass die Anerkennung der besten Vieh, selbst unter Berücksichtigung der Erleichterungen, die in den Verhandlungen mit Frankreich und Belgien erreicht sind, daß Frankreich Vieh aus der Schweiz abführe und daß aus anderen Ländern die Beschaffung geeigneten Viehs, zu Bedingungen, die Deutschland erfüllen könnte, nicht möglich ist. Zu besonderen Beschlüssen ist es in den Kommissionsverhandlungen bisher noch nicht gekommen. Einzelne Anträge des Abg. Rosche wurden abgelehnt.

Neue Bemühungen für unsere Gefangenen in Frankreich.

22. B. Berlin, 22. Nov. (Drahtnachricht.) Die deutsche Friedensdelegation ist erneut unter Hinweis auf die Volksdemonstrationen und die Worte des Herrn Reichstagspräsidenten beim Generalstreik der Friedenskonferenz, Herrn Reichstagspräsidenten, wegen sofortigen Beginnens der Gefangenenheimkehrung vorstellig geworden.

Die Kosten des Metallarbeiterstreiks.

22. B. Berlin, 22. November. Wie die Abendblätter melden, wurde gestern die erste Versammlung der Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, die der sozialdemokratischen Partei anhängen, ein Meeting über die Erfahrungen des Metallarbeiterstreiks eröffnet. Davons ergibt sich, daß die Kosten des Streiks 18 Millionen Mark aus der Reichskasse und 26 Millionen Mark aus der Reichsrentenbank betragen.

Ordnung des Polizeiwesens in Frankfurt a. M.

22. B. Frankfurt a. M., 22. November. Der Reichspräsident Reich Ehrlich ist zum Polizeipräsidenten von Frankfurt am Main ernannt worden und hat heute sein Amt angetreten. Starke Abteilungen des hier garnisonierenden Garde-Landesschützenbataillons befehligt heute früh das Polizeipräsidium und lösen die dort befindlichen Bereitschaften der Hilfspolizei auf und übernehmen die Sicherheitswache im Polizeipräsidium. Der Wechsel der Wache erfolgt bis ohne Störung. Die Hilfspolizei wurde ausgestellt.

Zum Jahr Hörsing.

22. B. Berlin, 22. November. In vorstehendem Berliner Morgenzeitung findet sich ein Bericht über eine unter dem Vorsitz des Ministers des Innern geführte in preussischer Ministerium des Innern abgehaltene Sitzung, in der Reichskommissar Hörsing nach einem Bericht über die Lage in Schlesien seine Dienstentlastung beantragt habe. Dieser Bericht ist unvollständig und gibt zu Missverständnissen Anlaß. Es handelt sich um eine rein informativartige Berichterstattung, in der zunächst von allen Seiten Bedenken vorgebracht wurden, die gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes in Schlesien bei den dort noch keineswegs gebildeten Reichsständen vorliegen, obwohl nicht unbekannt ist, daß der Reichskommissar Hörsing von verschiedenen Stellen die Aufhebung des Belagerungszustandes gewünscht haben. Am Anfang an diese Debatte stellte Herr Hörsing

den formellen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes in Schlesien.

Der Minister des Innern erklärte, daß er nicht beauftragt sei, hierüber eine Entscheidung zu treffen, da eine solche lediglich dem gesamten preussischen Staatsministerium zustünde und auch diesem nicht ohne Mitwirkung des Reichsministers vorgehen könnte. Daraufhin antwortete Herr Hörsing seine Dienstentlastung. Minister Hörsing erwiderte, daß es ihm auch nicht zuzustünde, diese Erklärung anzunehmen und irgendwelche Konsequenzen daraus zu ziehen; denn bei der Natur des Postens eines Reichs- und Staatskommissars müßte sowohl das preussische Staatsministerium als auch das Reichsamt hierüber entscheiden. Er bitte jedoch Herrn Hörsing, sein Amt vorläufig fortzuführen. Es würde sich nicht empfehlen, das Amt so kurz vor der Übergabe der Verwaltung an die internationalisierte Kommission neu zu belegen. Man könne es aber auch nicht von heute auf morgen aufheben.

Hefige Kämpfe im Baltikum.

Berlin, 21. November. Ueber die Lage im Baltikum erfährt das Volk die Botschaft von zukünftiger Stelle: Die Eisen Division ist im Rückmarsch geblieben. Ueber ihren augenblicklichen Standort ist nichts Näheres bekannt. Mitunter ist vermuthet, daß die Eisen Divisionen haben sich ständige Angriffe entwickelt. Die Bahn Witau-Murawjow ist weithin von den Letten unterbrochen. Der deutsche Panzerzug, der zum Schutze der deutschen Eisenbahnabteilung im Baltikum zurückgelassen ist, ist entgleist und verbrannt. Preislos, die weithin von Letten, sind von Letten und Süden her fast von Letzen angegriffen. Auf lettischer Seite kündigt in der Hauptsache die lettische Division, die von der bolschewistischen Front herbeigezogen worden ist. Der Eisenbahnzug, in dem sich Barrowitz befand, wurde ergebnislos angegriffen. Bei Ruzimilskij wird er bis jetzt gefangen. Letzteren ist von regulären lettischen Truppen besetzt. Bei Pieskulen gefangen die Letten an. Die Bahn Traurogen-Prekulen ist unterbrochen. General von Eberhart befindet sich in Schanau. Die Entente-Kommission für das Baltikum hat sich nach Traurogen begeben.

Attentat auf Kollschal.

Helsingfors, 22. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Ein Zusammenstoß aus Moskau meldet, daß auf Kollschal von Letzen aus seiner Umgebung ein Attentat verübt worden sei. Kollschal sollte durch Handgranaten getötet werden. Er blieb jedoch unversehrt. Dagegen wurden 12 Soldaten verwundet und sechs getötet.

Schwere Niederlage der Kollschalmarmee

22. B. Kopenhagen, 22. Nov. (Drahtnachricht.) „Politiken“ meldet aus Moskau, dort sei ein Telegramm aus Moskau eingetroffen, nach dem Kollschal bei Danzig eine schwere Niederlage erlitten habe. 16 Generale und 1000 Offiziere wurden gefangen genommen. Das Meer Kollschal befindet sich in Aufzählung. Mehrere Offiziere wurden von ihren eigenen Soldaten erschossen.

Judenisch in Rewal.

22. B. Kopenhagen, 22. Nov. (Drahtnachricht.) Der Oberbefehlshaber der gelassenen Nordarmee, General Judenisch, ist gestern mit seinem Stabe in Rewal eingetroffen.

Kursel von den Bolschewisten genommen.

22. B. Amsterdam, 22. November. Einer englischen Mitteilung zufolge hat Dennis Kursel an die Bolschewisten verloren.

Wilson und der Friedensvertrag.

22. B. Washington, 22. November. (Reuter.) Westlich wird berichtet, daß Wilson das gesamte Thema des Friedensvertrages in einer Rede auf den Kongress am 1. Dezember vorgetragen hat und bis dahin nichts über die Ablehnung des Senats sagen wird.

22. B. Amsterdam, 22. November. „New York Times“ melden, daß die republikanischen Führer im Senat erklärt haben, daß sie bei Wiederzukommen des Kongresses danach streben werden, die Annahme des Vertrages zu erreichen, wozu der Friedensvertrag am 1. Dezember den Vereinigten Staaten und Deutschland zuzustimmen ist.

Senator Hitchcock erklärte, es sei klar, daß ein Ausgleich gefunden werden müßte, wenn der Friede tatsächlich werden sollte, und legte dar, daß 60 Senatoren bei den verschiedenen Abstimmungen am Mittwoch für die Ratifizierung bei der einen oder anderen Form gestimmt und nur 15 Senatoren gegen die Ratifizierung überhaupt gestimmt hätten.

Abneigung gegen die Einmischung in europäische Dinge.

Amsterdam, 22. November. „New York Times“ schreibt: Es ist klar, daß die amerikanische Volk den Vertrag zu ratifizieren und dem Welterdbezirkung wünscht, jedoch wünscht das amerikanische Volk die Ratifizierung in einer Form, die nicht im Widerspruch mit der Verfassung steht und die Handlungsfreiheit der Nation nicht behindert. Zur die Kriegserklärung ist eine klare Klärung notwendig. In ganzen Lande ist die Abneigung gegen eine amerikanische Einmischung in europäische Angelegenheiten stark.

Gegen die Dritte Internationale

In dem Organ der kaiserlichen Unabhängigen, dem „Kampf“, wendet sich Albert Winter jun. gegen den auf dem nachsten unabhängigen Parteitag zur Debatte stehenden Antrag auf Unterbreitung der U. S. V. zur Dritten (Moskauer) Internationale mit folgenden Begründungen: „Was die Dritte Internationale anbelangt, so ist bis jetzt keine einzige Massenpartei beigetreten. Selbst die Kommunistische Partei Russlands müßte heute auf ihren Charakter als Arbeiterpartei untersucht werden. Die Frage wäre: existiert überhaupt noch ein russisches Proletariat und kann von einer Diktatur der Arbeiterklasse überhaupt noch die Rede sein? Schon die Möglichkeit einer solchen Frage zeigt, wie unzulässig es ist, das eine große deutsche Arbeiterpartei ihr Schicksal an das der russischen Bolschewisten knüpfen sollte! Es wäre schlimm genug um den internationalen Sozialismus selbst, wenn kein Schicksal von dem der russischen Revolution im allgemeinen und dem der Bolschewisten im besonderen abhängen sollte. Eine solche Meinung konnte nur entstehen, weil man nicht richtig die bürgerlichen Charakter und die bürgerliche Bestimmung der bolschewistischen Diktatur erkannte und sie deutlich von dem Methodischen industriellen Sozialismus schied. Das eine ist ja richtig, daß infolge dieser Verquickung eine politische Niederlage der Bolschewisten auch den westeuropäischen Sozialismus in Mitleidenschaft ziehen würde. Die wirtschaftliche Niederlage der bolschewistischen Diktatur und ihre Kapitulation vor dem Kapitalismus ist ja bereits entschieden! Wie man uns angeht, dieser Lage empfehlen kann, uns der Dritten kommunistischen Weltinternationalen anzuschließen und uns an unsere Pflicht zu machen, ist schließlich unklar. Als ob wir, selbst ein geschlossenes und wirtschaftlich erfolgreiches Volk, ohne die großen Parteien des Westens die praktische Möglichkeit hätten, auf dem schwachen Boden der Dritten Internationale die schwebende proletarische Diktatur in Russland zu retten? Die Frage der Unterwerfung Russlands gegen die zaristische Reaktion ist vollkommen unabhängig von der Frage: Zweite oder Dritte Internationale. Und diese Frage ist übrigens falsch und irreführend. Selbst der Vertreter der deutschen R. P. D. hat vor der Gründung der Dritten Internationale gewarnt und geäußert, daß eine wirkliche Internationale ohne die Arbeiter der Entente nicht möglich ist. Und da sollen wir kommunistischer sein als die Kommunisten, die heute selber in Zerklüftung begriffen sind? Weil die Kommunisten selbst in Zerfall begriffen sind, wollen sie sich dadurch retten, daß sie die neue deutsche, sich erst organisierende Arbeiterpartei, die U. S. V., zu spalten versuchen. Die Arbeiter wissen, was Spaltung bedeutet und wem sie zugute kommt! Sie werden diese triviale Aufgabe einer verzweifelten Seite auf die Einheit ihrer Partei zurückweisen und den Weg geben, der allein zum Ziele führt: In einer neuen, erst zu schaffenden Internationalen Seite an Seite mit den französischen und englischen Arbeitern den Kampf um die Befreiung von der Lohnsklaverei führen. Eine solche Internationale wird zwar nicht mehr die Bolschewisten retten, aber sie wird jede zaristisch-kaiserliche Reaktion in Schach halten.“

Es hat, nach all dem meist sehr temperamentoell gehaltenen Ausführungen der unabhängigen Presse und nach dem Verlauf der unabhängigen Parteigruppenversammlung zu schließen, durchaus den Anschein, als ob nicht nur die kommunistische Partei sich in einem Zerlegungsstadium befinden, sondern auch die Unabhängigen. Dort freilich nicht weniger als vier verschiedene Meinungen gemaßener: 1. Die Anhänger des sozialistischen Einigungsgebentes, 2. Die kleine Gruppe der russischen Orientierung, 2. Internationale), 3. Die Freunde der Dritten Internationale und 4. Die Befürworter der Schaffung einer neuen (4) Internationale.

Stellung der Alliierten zur amerikanischen Haltung zum Friedensvertrag.

Haag, 22. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet: Am Unterhaus sagte Bonar Law in Antwort auf eine Frage, welchen Einfluß die Haltung der amerikanischen Senats im allgemeinen habe: Wenn die amerikanischen Wahlen in Paris nicht gleichzeitig mit den anderen Wahlen den Ratifizierungsbescheid fügen werden, die anderen alliierten und assoziierten Regierungen daraus keineswegs ein Hindernis zur Ratifizierung entstehen.

Zur amerikanischen Kohlenkrise.

22. B. Amsterdam, 22. November. Laut Westfälische Nachrichten haben die amerikanischen Bergarbeiter die Forderung der Bergarbeiter zurückgewiesen. „New York Times“ melden, wenn es nicht bald zu einer Einigung komme, ja werde die Regierung die Angelegenheit selbst in die Hand nehmen und drastische Maßnahmen anwenden, um die für die Industrie der Nation notwendigen Kohlen zu fördern.

Europadiener der American-Linie.

22. B. Amsterdam, 22. November. „Telegraph“ meldet aus New York, daß die American Line am 15. Dezember den Dienst nach Hamburg über Southampton mit dem Dampfer „Ronzola“ beginnt.

